

## DER BETRIEBSWIRT

## EUROPLATZ FRANKFURT

## Die Gefahr der Spirale erkennen

Finanzielle Bildung wirkt und hilft nicht nur in Zeiten von Inflation. Welche Lernmethoden funktionieren?

Von Matthias Sutter

Gerade in Zeiten galoppierender Inflation stoßen viele Einzelpersonen oder auch Familien an ihre finanziellen Grenzen, und manche davon geraten in eine Spirale der Ver- und Überschuldung. Dabei beginnt eine solche Entwicklung häufig sehr früh. Nach Umfragen des Bundesverbands deutscher Banken haben sich ungefähr ein Drittel der 14- bis 24-Jährigen schon einmal verschuldet. Im Vergleich zu früheren Jahrzehnten scheinen dabei die Häufigkeit, mit der sich jemand verschuldet, sowie die Höhe der Schulden zuzunehmen. Die Ausgaben entstehen vor allem durch den Kauf von technischen Geräten, Autos, Kleidern, Schmuck oder Essen. Diesen Ausgaben stehen bei vielen Jugendlichen und Erwachsenen keine ausreichend hohen Einnahmen gegenüber, sodass sie auf Dauer gegen den Rat der sprichwörtlichen schwäbischen Hausfrau verstoßen, nicht über ihre Verhältnisse zu leben.

Einmal in einer Verschuldungsspirale gefangen, kommen viele junge Menschen nicht mehr heraus, und der Gang zur Schuldnerberatung kommt oft zu spät, um eine Privatsolvenz zu vermeiden. Es ist nicht zu erwarten, dass ein nennenswerter Teil dieser Personen bewusst einen solchen Weg einschlägt. Vielmehr zeigen empirische Studien, dass vielfach das Wissen fehlt, um mit den persönlichen Finanzen verantwortungsvoll umzugehen.

Dies ist einer der Gründe, warum Ende März Bundesfinanzminister Christian Lindner und Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger eine Initiative zur Stärkung finanzieller Bildung als wesentlichen Teil der Allgemeinbildung vorgestellt haben. Damit wollen sie mehr Forschung zur finanziellen Bildung anstoßen. Das ist eine sehr willkommene Anregung, jedoch wirkt sie ein bisschen so, als ob bisher zu diesem Thema in Deutschland noch nichts oder sehr wenig bekannt wäre. Das ist nicht der Fall.

Das Ausmaß finanzieller Grundbildung ist international erstaunlich gering, auch in Deutschland. Hier beantworten nur ca. 60 % aller Personen die beiden folgenden klassischen Fragen zu Kernthemen finanzieller Grundbildung richtig: (1) „Angenommen, Sie haben 100 Euro, die Sie zu einem Zinssatz von 2% pro Jahr für die Dauer von fünf Jahren veranlagen. Welcher Betrag ergibt sich daraus nach 5 Jahren? A) Mehr als 110 Euro. B) Genau 110 Euro. C) Weniger als 110 Euro.“ (2) „Wenn im vorigen Beispiel eine Inflationsrate von 3% pro Jahr für die Dauer von fünf Jahren vorliegt, ist nach fünf Jahren Ihre Kaufkraft A) größer als heute, B) gleich groß wie heute oder C) kleiner als heute?“ Bei Frage (1) ist Antwort A richtig, weil hier Zinseffekte zum Tragen kommen. Bei Frage (2) ist Antwort C richtig, weil die Inflationsrate über der Zinsrate die Kaufkraft schmälert.

Obwohl in deutschen Schulen Zinseinsrechnungen in jedem Mathematiklehrplan irgendwann vorkommen, tun sich viele Schüler sehr schwer damit, die Lebensrelevanz solcher Rechnungen zu erkennen. Spätestens wenn sie im Fall von Überschuldung durch diese Effekte in die Privatsolvenz getrieben werden, müssen sie das auf die harte Tour lernen. Da wäre es besser, wenn man es früher lernen würde. Die zweite Frage hat aktu-



Illustration Peter von Tresckow

ell große Relevanz, wenn die gestiegenen Lebenshaltungskosten nicht durch ebenso hohe Lohnsteigerungen kompensiert werden. Die Kaufkraft sinkt, und Einnahmen und Ausgaben sind schwieriger unter einen Hut zu bringen. Dabei beginnt das Problem schon vor dem Erkennen eines solchen Zusammenhangs, nämlich mit dem häufigen Fehlen eines Überblicks, wofür jemand überhaupt sein Geld ausgibt. Das ist ungefähr so, als wenn die Buchhaltung eines Unternehmens keinen Überblick darüber hätte, welche Ausgaben monatlich anfallen. Im Privatbereich kommt das häufig vor, zumal es häufig als „uncool“ gilt, akribisch Ausgaben und Einnahmen aufzulisten. Das aber wäre das Einmaleins solider finanzieller Grundbildung. Ich persönlich hatte das Glück, dass ich das im Internat im Alter von 10 Jahren lernen musste, ob ich wollte oder nicht. Internatsschüler bekamen von ihren Eltern kleine Geldbeträge, die für diverse Einkäufe für Schulmaterialien oder Süßigkeiten verwendet werden konnten, die jedoch von den Erzieherinnen verwaltet wurden. Beim Einkaufen im Internatsladen bezahlten wir also nicht, sondern gaben nur unseren Namen an. Allerdings mussten wir am Ende jeder Woche in einem Kontobuch unsere Einnahmen (von den Eltern) und Ausgaben (im Laden) akkurat auflisten. Wessen Bilanz nicht stimmte, musste ohne Hilfe weitergrübeln und konnte erst nach korrekter Abgabe des Kontobuchs zum Fußballspielen. Vielleicht würde man das heute unnötigen Drill nennen, aber dass die Fähigkeit, seine Einnahmen und Ausgaben im Blick zu haben, für das ganze Leben bedeutsam ist, ist unbestritten.

Angesichts der Bedeutung grundlegender Aspekte finanzieller Grundbildung haben meine Kollegen Anna Untertrefaller, Michael Weyland, Manuel Froitzheim und Sebastian Schneider schon 2017 eine

Studie zur Förderung finanzieller Grundbildung in 11 deutschen Schulen gestartet. Über 600 Schüler von der neunten bis zur zwölften Schulstufe nahmen daran teil. Ungefähr ein Drittel davon erhielt im Laufe eines Monats Unterricht in grundlegenden Fragen persönlicher Finanzen, die in dieser expliziten Form nicht Bestandteil des üblichen Curriculums sind. Dies umfasste Themen wie die folgenden: das Aufstellen eines Finanzplans (mit Ausgaben und Einnahmen), das Verständnis eines Gehaltszettels (welche Abzüge es vom Bruttolohn gibt und wofür diese verwendet werden), das Anwachsen von Zinseinszinsen (um exponentielles Wachstum zu verstehen), den Verlust von Kaufkraft durch Inflation oder den Umgang mit Verträgen (und deren Kündigungsfristen).

Eine zweite Gruppe erhielt stattdessen Unterricht in Geldpolitik im Rahmen der Europäischen Währungsunion. Auch letzteres Thema kreist um Geld, allerdings aus dem Blickwinkel des volkswirtschaftlichen Ganzen und nicht aus der Perspektive persönlicher finanzieller Entscheidungen. Eine dritte Gruppe hatte den üblichen Unterricht (etwa über das politische System der EU). Wir interessierten uns vor allem für die Auswirkungen unserer Intervention auf die ökonomischen Präferenzen der Jugendlichen, insbesondere für deren Zeitpräferenzen, also deren Geduld, sowie ihre Risikoeinstellungen, weil beide Aspekte für alle finanziellen Entscheidungen eine Rolle spielen.

Unsere Studie zeigte selbst 5 Jahre nach unserer Intervention erstaunliche Ergebnisse. Der Unterricht grundlegender Konzepte finanzieller Grundbildung führte zu mehr Geduld und etwas mehr Risikoaversion. Unter mehr Geduld kann man sich beispielsweise vorstellen, dass die Teilnehmerinnen eher 11 Euro in 3 Wochen als 10 Euro sofort wählen, also

warten konnten, was für wohlüberlegte Konsumentscheidungen sehr bedeutsam ist. Wir fanden auch heraus, dass unsere Intervention das Finanzverhalten sparsamer machte und insbesondere mehr in Einklang mit den finanziellen Verhältnissen brachte, jeweils im Vergleich zu den anderen beiden Gruppen in unserer Studie. Geldpolitik zu unterrichten ist also etwas ganz anderes, als finanzielle Grundbildung realitätsnah zu vermitteln.

Angesichts unserer Ergebnisse und der Initiative des Bundesfinanzministers und der Bundesbildungsministerin läge es eigentlich nahe, finanzielle Grundbildung in die allgemeine Ausbildung in unseren Schulen zu integrieren. Das ist aber bisher nicht der Fall, auch wenn nach und nach einige Bundesländer der Einführung eines Faches zur Vermittlung von Wirtschaftskompetenzen offen gegenüberstehen. Jedoch scheint das in der Lehrerschaft immer noch häufig als Einfallstor für „Kapitalismus“ verstanden zu werden, wie mir Freunde aus dem Schulbereich verraten. Dahinter steckt möglicherweise ein antiquiertes Verständnis dessen, was die moderne Wirtschaftswissenschaft mit ihrem Fokus auf menschliches Verhalten – Stichwort Verhaltensökonomie – eigentlich genau macht. Richtig vermittelt, eröffnet die Verhaltensökonomie Einsichten in menschliches Verhalten, die dabei helfen können, typische menschliche Fehler zu vermeiden und vor allem jungen Menschen einen soliden Umgang mit ihren persönlichen Finanzen zu vermitteln. Antiquiert ist dabei bestenfalls der Umstand, dass sie dadurch ganz im Sinne der schwäbischen Hausfrau dazu befähigt würden, nicht auf Dauer über ihre Verhältnisse zu leben.

Matthias Sutter ist Verhaltensökonom und Direktor am Max Planck Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern Bonn.

## Unvollendet

Von Ludovic Subran

Die Erleichterung ist groß, dass das jüngste Bankenbeben nur ein kurzer, heftiger Sturm war, dem (bisher) nur einige wenige morsche Bäume in den USA und der Schweiz zum Opfer gefallen sind. Vorerst bleibt festzustellen, dass sich das Bankensystem angesichts der dramatischen Zinswende als robust erwiesen hat. Dies gilt insbesondere im Euroraum, dessen Banken bisher immer zu den Sorgenkindern des globalen Finanzsystems zählten. Daraus sollten jedoch nicht die falschen Schlüsse gezogen werden – zur Selbstgefälligkeit besteht kein Anlass.

Vielmehr sollten aus den Vorkommnissen um die Silicon Valley Bank und die Credit Suisse zwei Lehren gezogen werden, eine allgemeine und eine spezifisch europäische. Die allgemeine lautet: Bankenregulierung ist eine Aufgabe, mit der man nie fertig ist. Banken sind aufgrund ihres Geschäftsmodells – die Transformation kurzfristiger Einlagen in langfristige Kredite – inhärent fragil und stets einem gewissen Zinsrisiko ausgesetzt. Gute Regulierung schafft einen Vertrauensvorsprung, dessen Höhe jedoch auch mit den sich ändernden Umständen schwankt.

An erster Stelle ist hier der rasante technische Wandel im Bankensektor zu nennen, der dazu führt, dass ein „Bank Run“ nicht mehr Tage oder Wochen, sondern nur noch Stunden benötigt: kein Warten in langen Schlangen vor Bankstaltern, sondern ein paar Klicks in der Banking-App genügen. Die Vernetzung der Kunden über soziale Medien tut ein Übriges. Daher wird es auch nötig, zwischen den Geschäftsmodellen der Banken und deren Kun-

den stärker zu differenzieren. Allgemeine Liquiditätskennzahlen sind einfach verständlich und anwendbar und haben daher ihre Berechtigung. Sie verdecken jedoch, dass die „Run-Gefahr“ von Bankeinlagen, also in der Trägheit ihrer Besitzer, sehr erheblich variieren kann. Das heißt, die Bankenregulierung muss sich veränderten Umständen anpassen können, um Vertrauen in das Bankensystem zu bewahren. Dies beinhaltet aber auch, die Möglichkeit einer Bankinsolvenz nie gänzlich auszuschließen, um die Anreize für adäquates Risikomanagement aufrechtzuerhalten.

Daneben gibt es noch eine spezifisch europäische Aufgabe. Seit der Finanzkrise wird an der Schaffung einer Bankenunion gearbeitet. Die Arbeiten sind – trotz großer Fortschritte bei gemeinsamer Aufsicht und Abwicklung – noch nicht abgeschlossen: eine wichtige tragende Säule, eine gemeinsame harmonisierte europäische Einlagensicherung, fehlt noch. Diese Unwucht in der Statik der Bankenunion erhöht im Krisenfall die Gefahr von Bank Runs, da Bankkunden in unterschiedlichen Ländern der Eurozone die Sicherheit ihrer Einlagen unterschiedlich einschätzen könnten. Dies war bereits während der Eurokrise vor nicht ganz zehn Jahren klar zu beobachten. Es ist zu hoffen, dass die jüngsten Turbulenzen nun die Chancen merklich erhöht haben, hier voranzukommen. Sie haben den Wert einer verlässlichen Einlagensicherung noch einmal unterstrichen. Denn der nächste Bankensturm kommt bestimmt.

Der Autor ist Chefvolkswirt der Allianz.

## WIRTSCHAFTSBÜCHER

Der grüne Wasserstoff  
Ein optimistischer Weckruf

Welche Rolle Wasserstoff bei der Energiewende spielen könnte, blieb zu lange ein Thema nur für Fachkreise. Das hat sich angesichts der Turbulenzen um die Energieversorgung Europas in den vergangenen Monaten geändert. Grüner Wasserstoff gilt mittlerweile als Hoffnungsträger für ein Gelingen der Energiewende, denn klimafreundlich erzeugter Wasserstoff bietet die Chance, auf Erdöl, Kohle und Erdgas zu verzichten und sich damit auch aus der mehr als zweifelhaften Abhängigkeit von nicht berechenbaren Lieferländern zu befreien. Diese Chance darf nicht verspielt werden, meint die Biologin und Wissenschaftsjournalistin Monika Röbiger. Der breite Einsatz von grünem Wasserstoff ist nach ihrer Auffassung der Schlüssel zur Klimaneutralität bis 2050.

Wasserstoff lässt sich gewinnen, indem Wasser mittels Elektrolyse in seine Bestandteile Wasserstoff und Sauerstoff zerlegt wird. Wenn dieser elektrochemische Prozess mit Strom aus erneuerbaren Energien abläuft, spricht man von grünem Wasserstoff. Mit dem vorliegenden Buch, das für die breite Öffentlichkeit und nicht für wissenschaftliche Zirkel bestimmt ist, wirbt die Autorin für die grüne Energiewende. Sie ist überzeugt davon, dass sich grüner Wasserstoff schon in naher Zukunft in vielen Bereichen einsetzen lässt, etwa in der Energiewirtschaft, der Industrie (hier vor allem Stahlindustrie und chemischer Industrie) sowie beim Antrieb von Lastwagen, Zügen, Schiffen und Flugzeugen. Um dies zu unterstreichen, skizziert sie anschaulich Pilotprojekte und widmet den genannten Segmenten jeweils ein Buchkapitel. Jedes für sich kann man mit Gewinn lesen.

Die Autorin hat ihren durchaus ins Grundsätzliche gehenden Ausführungen keine repräsentative empirische Untersuchung zugrunde gelegt; vielmehr hat sie Beispiele aus der Praxis ausgewählt und dabei ohne Anspruch auf Vollständigkeit eine Serie von Reportagen verfasst. Sie erklärt auch für Laien verständlich, wie mithilfe der Brennstoffzelle aus Wasserstoff Strom und Wärme entsteht. Ihre mit Anekdoten angereicherten Reportagen über ihre Vorortbesuche lesen sich spannend. Sie porträtiert darin auch die Menschen, die hinter den Projekten stehen.

Das mit 20 Euro als sehr preiswert einzustufende handliche Buch macht deutlich, dass grüner Wasserstoff für die Erreichung der Klimaneutralität der Industrie eminent wichtig ist – etwa für die Stahlherstellung. Allein die Erzeugung dieses unverzichtbaren Werkstoffs verursacht sieben Prozent der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen. Die Autorin umreißt, wie Stahlhersteller ihre Produktion durch den Einsatz von Wasserstoff „grüner“ machen können. Sie weist in diesem Zusammenhang aber auch darauf hin, dass „grüner“ Stahl zurzeit rund 200 Euro mehr pro Tonne kostet und deutsche Hersteller ohne staatliche

Unterstützung nicht mehr wettbewerbsfähig wären. Gleichwohl haben die deutschen Stahlkoher die Herausforderung angenommen. Das gilt auch für die deutsche chemische Industrie. In jüngster Zeit machten Branchenvertreter deutlich, dass der internationale Wettlauf um grünen Wasserstoff, der aus der ganzen Welt unter anderem aus Australien, Chile, Namibia bezogen werden müsse, an Brisanz gewonnen habe, denn grüner Wasserstoff bleibe noch auf längere Sicht knapp. Langfristige Liefervereinbarungen über große Volumina seien jetzt schon heiß umkämpft.

Die Autorin erläutert, wie mit Wasserstoff betriebene Lastwagen, Bahnen und Schiffe nachhaltiger werden können. Ein schwieriges Feld dürfte allerdings – so ihre Einschätzung – die Luftfahrt werden. Dennoch: Airbus hat angekündigt, bis 2035 ein marktreifes, mit Wasserstoff angetriebenes Flugzeug anzubieten.

Insgesamt ist Monika Röbiger optimistisch, dass die von ihr propagierte Wasserstoffwende gelingen kann. Ohne Zweifel ist der Handlungsdruck angesichts der aktuellen politischen Situation in Europa und der daraus resultierenden Probleme der Energieversorgung sehr groß. Röbigers Buch erhält somit durch den Ukrainekrieg eine neue, über den Klimaschutz hinausgehende Bedeutung. So heißt es, der Krieg habe Industrie und Verbrauchern „vor Augen geführt, wie riskant und unklug die Abhängigkeit von fossilen Energien ist“. Spätestens seit Kriegsausbruch sei – so die Autorin – die Wasserstofftechnologie ein bestimmendes Thema, in das viele Hoffnungen gesetzt würden. Gleichwohl muss man der Autorin aber auch zurufen, dass die breite Nutzung der Wasserstofftechnologie in den von ihr genannten Wirtschaftssegmenten alles andere als ein Spaziergang wird. Es sind Megainvestitionen nicht zuletzt auch in die Transportkapazitäten für einen globalen Wasserstoffmarkt erforderlich. Die damit zusammenhängenden Fragen müssen noch intensiv von Ökonomen recherchiert werden, und auch die Politik muss sich ihrer mehr als bisher bewusst sein.

Das vorliegende Buch ist ein Weckruf zur rechten Zeit. Durch aufmerksame Lektüre gewinnen auch Normalbürger ein besseres Verständnis der Hintergründe und der nicht gerade geringen Herausforderungen, die mit der Wasserstoff-Wende verbunden sind. Die Autorin macht Mut, dass mithilfe von Wasserstoff die Energiewende hin zur Klimaneutralität zu schaffen ist und dass mit der neuen revolutionären Technologie Wohlstand und Arbeitsplätze in Deutschland gesichert werden können. Die Weichen müssten aber jetzt richtig gestellt werden. ROBERT FIETEN

Monika Röbiger: Die Wasserstoff-Wende. So funktioniert die Energie der Zukunft. Edition Körber, Hamburg 2022, 256 Seiten, 20 Euro.

## Neue Rechtsform sperrt Gewinne ein

Wissenschaftler sehen Nachteile für Unternehmen mit zweckgebundenem Vermögen / Von Mark Fehr

Die von der Bundesregierung geplante neue Rechtsform des Verantwortungseigentums ist nach Einschätzung von Wirtschaftswissenschaftlern nachteilig für Unternehmer. Das ist der Tenor eines am Montag veröffentlichten Denkpapiers des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM). Demnach erschwert die neue Rechtsform die Nachfolgesuche, weil Investoren keinen Zugriff auf die Gewinne erhalten. Zudem verzerrt die Rechtsform Investitionsentscheidungen.

Es geht um die im Koalitionsvertrag getroffene Vereinbarung, eine neue Unternehmensrechtsform namens Gesellschaft mit gebundenem Vermögen (GmbH-gebV) einzuführen. Dahinter steht der Gedanke, ein nachhaltiges und sozialen Zielen ausgerichtetes Unternehmertum zu fördern, das nicht nach Gewinn für die Eigentümer strebt. Daher erlaubt die neue Rechtsform keine Ausschüttung von Gewinnen an die Gesell-

schafter. Das erwirtschaftete Geld soll stattdessen im Unternehmen bleiben, um dessen soziale und nachhaltige Ziele zu erreichen. Die neue Rechtsform wäre eine von mehreren Alternativen für Unternehmer, denn die bisherigen Rechtsformen wie die Aktiengesellschaft (AG) oder die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) stehen natürlich weiter zur Wahl. Ist die Entscheidung für die Gesellschaft mit gebundenem Vermögen aber einmal gefallen, können die Gesellschafter die Bindung des Vermögens (Asset Lock) nicht einmal mit Mehrheitsbeschluss aufheben. Die Aufgabe der Bindung wäre nur durch Auflösung des Unternehmens möglich.

Die Wahl der juristischen Rechtsform eines Unternehmens gehört zu den wichtigsten Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre. Unternehmer müssen dabei wichtige Kriterien beachten wie Haftung, Finanzierung, Steuerbelastung oder Ver-

öffentlichungspflichten. So ermöglicht etwa die Rechtsform der Aktiengesellschaft (AG) die Finanzierung über den Kapitalmarkt, stellt aber auch hohe Anforderungen an die Führung und Kontrolle des Unternehmens sowie die Rechnungslegung. Eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) schützt das Privatvermögen der Gesellschafter vor Gläubigern des Unternehmens, erfordert aber auch ein Stammkapital von mindestens 25.000 Euro.

Die Rechtsform sollte zur Größe und zum Charakter des jeweiligen Unternehmens passen, was nicht immer gelingt. So hatte der Unternehmer Anton Schlecker sein nach der Insolvenz 2012 untergegangenes Drogerieimperium als eingetragener Kaufmann in der Rechtsform des Einzelunternehmens geführt. Diese Rechtsform lässt dem Gesellschafter weitgehend freie Hand, bietet ihm aber auch keinen Haftungsschutz. Das Bei-

spiel zeigt, dass für die Wahl der Rechtsform Vorteile und Nachteile abgewogen werden müssen.

Nach Einschätzung der IfM-Ökonomen würde die Einführung der neuen Rechtsform der Gesellschaft mit gebundenem Vermögen die Suche nach Nachfolgern für solche Unternehmen erschweren. Denn Kaufinteressenten müssten wegen der Bindung des Vermögens auf Gewinne und eine Wertsteigerung ihrer Investition verzichten. Zudem wäre ihre unternehmerische Handlungsfreiheit eingeschränkt. Ohnehin kämen als Käufer einer GmbH-gebV nur Angehörige derselben Wertefamilie infrage, wie es die juristische Formulierung fordert. Gemeint sind damit Käufer, die ebenfalls nachhaltige und soziale Zwecke verfolgen und auf Gewinn verzichten. In der Praxis dürfte das nur auf Kaufpartei zutreffen, die ebenfalls in Form des Verantwortungseigentums firmieren.